

Bitte bedenken Sie:

Eine Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten stellt einen Straftatbestand dar. Auch scheinbar unverfängliche Kontakte können schnell zu einer für Sie unangenehmen Situation führen. Freundliche Angebote und scheinbar unverbindliche Gespräche dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die chinesischen Nachrichtendienste ein Instrument zur Durchsetzung der Interessen der Volksrepublik China sind. Lassen Sie sich hierfür nicht instrumentalisieren.



Kontakt:

bfvinfo@verfassungsschutz.de

Telefon: 0221 / 792-0



Weitere Informationen zum Verfassungsschutz finden Sie hier:
www.verfassungsschutz.de



Bildnachweis
© Zerophoto - Fotolia.com
© Gajus - Fotolia.com
© kasto - Fotolia.com
© DDRockstar - Fotolia.com

Stand
April 2016



Bundesamt für
Verfassungsschutz

Studierende,
Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler im Visier
chinesischer Geheimdienste



Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Visier chinesischer Geheimdienste!

In China lebende deutsche Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können unter bestimmten Voraussetzungen für chinesische Nachrichtendienste interessant sein. In jüngster Zeit wurden mehrere entsprechende Rekrutierungsversuche festgestellt.



Chinesische Geheimdienste und ihre Aufklärungsziele in Deutschland

Die mediale Aufmerksamkeit hat sich in den vergangenen Jahren vor allem auf chinesische Wirtschaftsspionage gerichtet. Doch im Zuge des Aufstiegs der VR China zu einem „global player“ auf der internationalen politischen Bühne gewinnt die **politische Spionage** zunehmend an Bedeutung. Chinesische Nachrichtendienste bemühen sich daher verstärkt, an sensible politische Informationen über die Bundesrepublik Deutschland bzw. die Europäische Union zu gelangen.

Deshalb versuchen chinesische Nachrichtendienste insbesondere westliche Staatsbürger, die in wichtigen politischen Institutionen tätig sind oder perspektivisch tätig sein werden, anzuwerben.

Eine herausragende Rolle spielt hier das **Ministerium für Staatssicherheit** (Guojia anquanbu 国家安全部). Dieser chinesische Nachrichtendienst und seine regionalen Ableger, die „Ämter für Staatssicherheit“, sind sowohl in China selbst als auch im Ausland aktiv.

Zu ihren Aufgaben gehört die Überwachung ausländischer Studenten in China und ausländischer Institutionen, die in China ansässig sind (z.B. Nichtregierungsorganisationen).

Beispielfall

Das folgende Beispiel ist fiktiv, orientiert sich aber an tatsächlichen Fällen: Die Protagonistin, nennen wir sie „Julia Heyne“, hatte an einer deutschen Universität einen Bachelor in Politikwissenschaften und Sinologie absolviert. Anschließend ging sie nach Peking, um ihr Studium fortzusetzen. Dort lernte sie Herrn Wang kennen, der sich als Mitarbeiter eines Pekinger Forschungsinstitutes vorstellte. Er bat sie, einen Artikel über die deutsche China-Politik zu verfassen. Sie sagte zu und erhielt wenig später eine Geldsumme von umgerechnet 150,- €.

Es entwickelte sich ein freundschaftlicher Kontakt zwischen Herrn Wang und Julia Heyne. Nach ein paar Monaten machte Herr Wang Julia Heyne mit einer Frau Liao bekannt, die ein Interesse an sensiblen politischen Informationen bekundete und Frau Heyne vorschlug, sich für eine entsprechende Stelle im Europäischen Rat zu bewerben. Frau Liao handelte im Auftrag des Pekinger Amtes für Staatssicherheit. Julia Heyne erhielt von ihr eine „Unterhaltshilfe“ von mehreren Tausend Euro.

Nach Abschluss ihres Masters in Peking kehrte sie nach Deutschland zurück und bewarb sich beim Europäischen Rat. Für ihre Bewerbung erhielt Julia Heyne bei einem Kurzbesuch in Peking 30.000 € von Frau Liao.

Im Rahmen der für die Arbeitsstelle erforderlichen Sicherheitsüberprüfung traten Unstimmigkeiten in den Angaben von Julia Heyne zu Tage, die schließlich zur Aufdeckung ihrer Zusammenarbeit mit einem chinesischen Geheimdienst führten. Frau Heyne musste sich wegen Spionage vor Gericht verantworten.

Zielgruppen der chinesischen Geheimdienste

Interessant für chinesische Nachrichtendienste sind u.a. Studierende und Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler, die eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllen:

- längerer Aufenthalt in China
- gute Chinesischkenntnisse
- Studium der Politikwissenschaften oder der Internationalen Beziehungen
- Anstreben einer Karriere im Bereich Politik oder Diplomatie
- Bezug zu Tibet, Xinjiang bzw. der uighurischen Minderheit
- Kontakte zu regimekritischen Organisationen und NGOs (Tibet-Initiativen, World Uyghur Congress, Falun Gong etc.)

Methoden chinesischer Nachrichtendienste

- Die Ansprache erfolgt in der Regel in China.
- Mitarbeiter chinesischer Nachrichtendienste verwenden häufig eine akademische Legende („Vize-Direktor des Forschungsinstitutes XY“; Vertreter eines „Think Tank“).
- Sie schlagen z.B. die Mitarbeit in einem Forschungsprojekt vor oder bitten um Artikel zu bestimmten Themen gegen Bezahlung.
- Sie bauen eine scheinbar freundschaftliche Beziehung auf.
- Die Aufträge werden mit der Zeit gezielter und riskanter (Beschaffung vertraulicher Informationen, Bewerbung bei Regierungsbehörden oder politischen Organisationen etc.), während die dafür gezahlten Summen steigen.

Was tun, wenn Sie einen Anwerbungsversuch vermuten?



- Wenn Sie von einer unbekanntenen Person angesprochen werden, überprüfen Sie deren Identität: Existiert die angegebene Institution bzw. Arbeitseinheit? Wird der Name der Person auf der Homepage des Instituts bzw. der Arbeitseinheit aufgeführt?
- Lässt sich die Identität nicht klären und der Kontakt nicht vermeiden, ist es ratsam, keine präzisen Informationen weiterzugeben bzw. Zusagen zu machen.
- Wenn Sie sich noch in China befinden, informieren Sie am besten die Deutsche Botschaft bzw. das nächstliegende Generalkonsulat.
- Wenn Sie bereits nach Deutschland zurückgekehrt sind, informieren Sie Ihre betreuende Organisation (DAAD, DFG, Stiftung XY, Heimat-Universität etc.) oder wenden Sie sich direkt an das Bundesamt für Verfassungsschutz: Ihre Schilderungen werden absolut vertraulich behandelt.